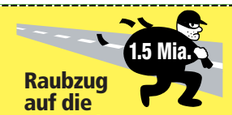
GRÜNE
GRÜNES BÜNDNIS BERN
grün.
Nr.23 | Mai 2016



Raubzug auf die Bundeskasse

Milchkuh-Initiative

Nein

5. Juni 2016

Dreist und teuer
Die Kantone sagen NEIN

Franziska Grossenbacher (GB-Stadträtin, Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!) und Regula Tschanz (GB-Stadträtin) engagieren sich für die Einzonung des Mittel- und Viererfelds und gegen städtische Sparmassnahmen im sozialen Bereich.

BERN
Franziska Grossenbacher
● Urbanes Quartier statt Hüsli-Pest in der Agglomeration

MITTEL
Interview Franziska Teuscher
● «In der Stadt Bern leben wir *mit* den Asylsuchenden»

STAND
Leena Schmitter
● Geschlechtervielfalt – Politik – Sprache

Urbanes Quartier statt Hüsli-Pest in der Agglomeration

Am 5. Juni entscheidet die Berner Stimmbevölkerung über die Einzonung des Mittel- und Viererfelds. Das GB unterstützt die Schaffung des zukunftsweisenden neuen Stadtteils.

Die Kulturlandinitative der Grünen Bern und das neue Raumplanungsgesetz fordern einen Richtungswechsel in der Siedlungsentwicklung: dichte urbane Quartiere statt Hüsli-Pest in der Agglomeration. In diesem Sinn entsteht auf dem Viererfeld eine qualitätsvolle Siedlung an einer gut erschlossenen Lage. Den sparsamen Umgang mit Kulturland verdeutlicht folgendes Beispiel: Die Gemeinde Stettlen hat rund 3000 Einwohnende und 600 Arbeitsplätze, ist also vergleichbar mit der Überbauung des Viererfelds. Aber Stettlen braucht für die gleiche Anzahl Menschen und Arbeitsplätze siebenmal mehr Fläche.

Bauen auf der grünen Wiese muss für die Grünen allerdings einen hohen Preis haben. Das GB hat sich deshalb für einen ökologisch und sozial zukunftsweisenden Stadtteil eingesetzt:

- Die Überbauung orientiert sich an der 2000-Watt-Gesellschaft. Ressourcenschonung und Klimaschutz haben Priorität.
- Mindestens 50 % der Wohnfläche ist für gemeinnützige Wohnbauträger reserviert. Diese wenden das Prinzip der Kostenmieten an und sorgen langfristig für bezahlbaren Wohnraum.
- Es werden keine unnötigen Parkplätze erstellt. Nicht jede Wohnung erhält einen Parkplatz, dafür wird pro Zimmer ein Veloabstellplatz erstellt.
- Dank der vorgesehenen Nutzungsmischung werden sich Einrichtungen für den täglichen Bedarf wie Schulen und Läden in unmittelbarer Nähe befinden.

Die Flächen werden nur zur Hälfte überbaut. Daneben entsteht ein attraktiver Stadtpark. Die Familiengärten, Alleen und der Sportplatz werden in den neuen Park integriert. Im Gegensatz zu den heutigen Äckern ist der Park nicht nur grün, sondern auch zugänglich – es entsteht ein vielseitig erlebbarer Erholungsraum und damit ein Mehrwert für die ganze Länggasse.

Franziska Grossenbacher, GB- Stadträtin, Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!

Abstimmungen vom 5. Juni 2016

Stadt

- Volksschule Stapfenacker, Ersatzneubau: **JA**
- Reglement über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1); Teilrevision (Quartierorganisationen): **JA**
- Viererfeld/Mittelfeld (Zonenplan und Kauf): **JA**
- Volksschule Lorraine, Gesamtsanierung inkl. Umgebung: **JA**
- WankdorfCity 2; Abgabe im Baurecht: **JA**

National

- Für die nationalen Abstimmungen siehe: www.gruene.ch

«Trotz 20 Jahren Gleichstellungsgesetz verdienen Frauen weiterhin einen Fünftel weniger als Männer. Deswegen fordern wir am 14. Juni neben den vom Bundesrat geplanten Kontrollen gegen Lohndiskriminierung weitere Massnahmen, die auch Lohnungleichheiten und ihre sozialpolitischen Folgen bekämpfen. Wir lassen einen Fünftel der Arbeit liegen. Wir wollen den ganzen Kuchen!»
Barbara Zimmermann, GB-Mitglied

Diskriminierung oder Ungleichheit? Oder wie wichtig ist das?

Frauen verdienen im Schnitt und auf Vollzeit hochgerechnet rund 20% weniger als Männer. Ein Teil davon lässt sich mit «objektiven Faktoren» erklären. Ob der restliche, unerklärte Anteil auf Diskriminierung zurückzuführen sei, darüber divergieren die Meinungen. Doch wie wichtig ist das?

Die Tatsache, dass die Hälfte der Bevölkerung bei gleicher Arbeit rund einen Fünftel weniger verdient, entspricht nicht dem Ideal einer egalitären Gesellschaft, ist verfassungswidrig und hat sozialpolitische Konsequenzen. Ein Teil dieses Unterschieds ist statistisch nicht erklärbar und vermutlich diskriminierend. Doch auch der erklärte Teil fusst teils auf Ungleichheiten und kann diskriminierende Elemente enthalten.

Der Diskriminierungseffekt wird insgesamt unterschätzt: Frauen sind häufiger von der Doppelbelastung von Erwerbs- und Hausarbeit betroffen und folglich öfter als Männer in schlecht entlohnten Teilzeitjobs beschäftigt. Sie arbeiten häufiger in Tieflohnbranchen, die weniger Aufstiegsmöglichkeiten bieten, und haben bei gleicher Qualifikation geringere Chancen eine leitende Position zu erreichen.

Ob die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern aufgrund sozialer Ungleichheiten oder Diskriminierung zustande kommt, ist für die Folgen irrelevant. Weniger Einkommen bedeutet weniger Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen und kann zu existenzieller Bedrohung führen. Frauen sind mehr von Altersarmut betroffen und alleinerziehende Mütter überdurchschnittlich häufig auf Sozialhilfe angewiesen. Der Unterschied zwischen Ungleichheit und Diskriminierung ist vor allem dann wichtig, wenn es darum geht, einen zu tiefen Lohn gerichtlich einzuklagen.

Barbara Zimmermann, GB-Mitglied

«Statt weiterer Sparmassnahmen braucht es in Bereichen wie der familienergänzenden Kinderbetreuung oder der schulischen und beruflichen Bildung Angebote, die mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten. Mit Blick auf die Situation im Asylbereich wird sich das GB zum Beispiel für einen Ausbau der Mittel für Integrationsprojekte einsetzen.»

Regula Tschanz, GB-Stadträtin

In Lebensqualität investieren, statt Erbsen zählen

Mit einem Überschuss von über 63 Mio. Franken im Jahr 2015 präsentierte die Stadt den besten Rechnungsabschluss der letzten zehn Jahre. Der Überschuss stellt die getroffenen Sparmassnahmen (noch mehr) in Frage.

Vor wenigen Wochen präsentierte die Stadt Bern die Rechnung 2015 und den Finanzplan für die Jahre 2017–2020. In den Planjahren 2019–2020 rechnet die Stadt «mit massiven Aufwandüberschüssen». Aus den regelmässig angekündigten düsteren Wolken am Finanzhimmel werden aber ebenso regelmässig Schönwetterperioden. So schloss die Rechnung 2015 bei einer budgetierten schwarzen Null mit einem rekordverdächtigen Überschuss von über 63 Mio. Franken ab.

Vor einem Jahr schob der Gemeinderat unter Verweis auf die finanzpolitische Dringlichkeit und unter Androhung von Sparmassnahmen eine ganze Reihe von Angeboten der Direktion für Bildung, Soziales und Sport vom ordentlichen Budget in Fonds ab, u. a. die Betreuung der drogenabhängigen Benutzer_innen des Aufenthaltsraums Postgasse, die Gassenküche, Musikstipendien oder das Projekt «Offene Turnhallen». Gegenanträge des GB hatten in der Finanzdelegation keine Chance. Man darf gespannt sein auf den Abschluss 2016. Klar ist: Wenn zwischen finanzpolitischer Projektion und Abschlussrechnung so grosse Differenzen entstehen, ist das dem Vertrauen in die Budgetierung nicht zuträglich.

Der Abschluss 2015 zeigt, dass in den vergangenen Jahren ohne Not Leistungen abgebaut wurden. Die Kürzungen bei kulturellen und sozialen Institutionen – Kleinstbeträge für die Stadt, aber existentielle Beträge für die entsprechenden Angebote – entpuppen sich endgültig als Erbsenzählerei.

Regula Tschanz, GB-Stadträtin

«In der Stadt Bern leben wir *mit* den Asylsuchenden»

Facts-Box

Unterbringung von Asylsuchenden im Kanton Bern

● Im Kanton Bern wird für die Unterbringung von Asylsuchenden zwischen zwei Phasen unterschieden. In der Phase I werden die Asylsuchenden in einem Durchgangszentrum des Kantons untergebracht, wo sie sich in der Regel zwischen 6 und 12 Monaten aufhalten. In der Phase II werden Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene von Gemeinden meist in Wohnungen oder kleineren Kollektivunterkünften untergebracht. Dabei werden sie von regionalen Asylsozialhilfestellen unterstützt und betreut. In der Stadt Bern ist dies das Kompetenzzentrum Integration.

Für die Phase I wurden im letzten Jahr in der Stadt Bern 350 Plätze geschaffen: Im August 2015 konnte in der ehemaligen Feuerwehrkaserne Viktoria ein neues Zentrum mit 150 oberirdischen Plätzen eröffnet werden. Kurz vor Weihnachten ging das Durchgangszentrum Renferhaus mit 200 Plätzen in Betrieb. Beide Zentren werden von der Heilsarmee Flüchtlingshilfe im Auftrag des Kantons geführt und sind zeitlich befristet. Gegen Ende Jahr soll an der Reichenbachstrasse ein temporäres Zentrum für maximal 100 unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) eröffnet werden.

Ab dem 1. Juli wird im Bettenhochhaus des Zieglerspitals das Bundesasylzentrum eröffnet, vorerst mit 150 Plätzen – voraussichtlich ab August 2017 mit bis zu 350 Plätzen. Das Bundesasylzentrum schliesst spätestens 2023.

Reto Moosmann, GB-Mitglied

Ein Gespräch mit Franziska Teuscher, GB-Gemeinderätin und Vorsteherin der Direktion für Soziales, Bildung und Sport, über eine menschliche Asylpolitik und «gelebte Integration» in der Stadt Bern.

Du hast dich vehement und erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Stadt Bern mehr Geflüchtete aufnimmt und ihnen lebenswerte Unterbringungsmöglichkeiten anbietet. Wie hat sich dieser Prozess gestaltet?

● Wir haben in den letzten anderthalb Jahren das Engagement der Stadt Bern im Asylbereich verstärkt: Einerseits haben wir bis heute 350 zusätzliche Plätze in oberirdischen Zentren in der Phase I des Asylverfahrens geschaffen. Die Stadt Bern stellt dem Kanton dafür die ehemalige Feuerwehrkaserne Viktoria und das Renferhaus zur Verfügung. Es brauchte viel Überzeugungs- und Umsetzungsarbeit an verschiedenen Stellen; doch nun bin ich froh, dass es uns gelungen ist, unser Engagement substanziell zu erhöhen. Im Gegenzug können wir per Mitte Jahr endlich die unterirdische Notunterkunft Hochfeld schliessen.

… und andererseits?

● Andererseits haben wir auch für Menschen in der Phase II, für welche die Stadt Bern zuständig ist, zusätzlichen Wohnraum geschaffen – alleine 2015 für 200 Menschen. Wir setzen übrigens bewusst auf kleine Unterkünfte. Für die Bewohner_innen bedeutet das weniger Hektik und für uns ist es einfacher, geeignete Unterkünfte zu finden. Ich bin der Meinung, dass auch der Kanton auf ein dezentrales Unterbringungskonzept setzen sollte.

Gibt es weitere Möglichkeiten, Geflüchtete aufzunehmen und sie oberirdisch unterzubringen?

● Ja, sie können auch bei Privatpersonen wohnen, die bereit sind, ein Zimmer zu vermieten und Küche und Bad zu teilen. Dieses Engagement ist für uns sehr wertvoll. Denn dank der Beziehung zur Bevölkerung wird es für die Migrant_innen einfacher, sich in unserer Gesellschaft zu orientieren.

Bundeszentren sind innerhalb der Linken Kritik ausgesetzt. Auf dem Areal des Zieglerspitals entsteht ein solches Zentrum. Welchen Handlungsspielraum hast du da?

● Die Stadt Bern hat sich stark gemacht für menschenwürdige Bedingungen im Bundesasylzentrum: Wir haben uns gegen die Einzäunung des Areals ausgesprochen – mit Erfolg. Die Ausgangszeiten wurden auf unseren Wunsch hin und in Absprache mit dem Quartier und der Gemeinde Köniz verlängert. Am Wochenende müssen die Asylsuchenden sowieso nicht im Zentrum sein. Leider konnten wir keinen Einfluss darauf nehmen, wer das Bundesasylzentrum im Auftrag des Staatssekretariats für Migration führt.

Franziska Teuscher besucht das Durchgangszentrum Bern-Viktoria

Was macht die Stadt sonst noch rund um das Bundesasylzentrum?

● Wir richten eine Begleitgruppe ein, die den Betrieb des Zentrums verfolgen wird. Wichtig ist uns, dass darin alle relevanten Akteur_innen vertreten sind – neben den Behörden sind dies die Vertretungen der Quartiere sowie eine Delegierte der Fachkommission für Integration. Zudem ist es uns ein Anliegen, den Austausch zwischen Asylsuchenden und der Wohnbevölkerung sowie die Zusammenarbeit mit den Freiwilligen zu fördern – zu diesem Zweck ist eine Begegnungsstätte geplant; die Konkretisierung erfolgt in Zusammenarbeit mit einer Koordinationsgruppe für die Freiwilligenarbeit. Schliesslich wird das Kompetenzzentrum Integration für die Bewohner_innen des Zentrums Beschäftigungsprogramme anbieten.

Wichtig sind nicht nur die Unterbringungsmöglichkeiten, sondern auch die Teilhabe am öffentlichen Leben sowie (Weiter-)Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Wo siehst du hier Handlungsspielräume?

● Derzeit erhält gut die Hälfte aller Gesuchsteller_innen eine vorläufige Aufnahme oder aber eine Anerkennung als Flüchtling. Rasche Integration ist insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene, die eine Berufslehre absolvieren können, wichtig. Die Stadt Bern will deshalb die bestehenden Programme zur beruflichen Integration des Bundes und des Kantons gezielt ergänzen. Handlungsoptionen auf kommunaler Ebene sehen wir vor allem bei der Förderung von Grundkompetenzen und bei der Bereitstellung von zusätzlichen Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten. Zudem sollen vermehrt Freiwillige in die Integrationsarbeit miteinbezogen werden.

Die Asyl- und Migrationspolitik hat einen hohen Stellenwert für dich und du sprichst dich für «gelebte Integration» aus. Was heisst das konkret?

● Integration liegt nicht einfach in der Pflicht der Migrationsbevölkerung, auch die öffentliche Hand ist gefordert: Sie muss Voraussetzungen im Bereich Bildung oder bei der Arbeitsintegration schaffen. Und ebenso ist die Zivilbevölkerung gefragt: Es freut mich daher persönlich sehr, wie viele Freiwillige sich rund um die neuen Durchgangszentren engagieren. Im Moment konzentrieren sich die Aktivitäten besonders auf die «Neuankömmlinge». Ich hoffe, dass wir das zivilgesellschaftliche Engagement auch in der Phase II ausbauen können. Die Herausforderung liegt darin, die Freiwilligen dort abzuholen, wo sie sich engagieren können. Die meisten wollen konkret und sofort helfen.

In einem Satz: Wie sieht denn eine offene Stadt Bern gegenüber Asylsuchenden aus?

● In der Stadt Bern leben wir mit den Asylsuchenden – nicht neben ihnen.

Interview: Leena Schmitter, GB-Stadträtin, Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!

AKTIONS

● **14. Juni: Am Mittag länger ruh'n, weil sie kaum was tun!** Wir werden an diesem Tag 15% weniger lang arbeiten und uns diese zusätzliche Stunde nehmen: Um zu feiern – vor allem aber um zu fordern: *Lohngleichheit, ganz und jetzt!* Um ein glasklares Signal an Bundesrat, Parlament und Arbeitgeber zu senden: *Wir wollen den ganzen Kuchen – Lohnkontrollen jetzt!* Am 14. Juni rufen die Gewerkschaftsfrauen schweizweit zu verlängerten Mittagspausen auf. Wir setzen ein Zeichen gegen die andauernde Ungerechtigkeit und versammeln uns über Mittag zu vielfältigen Aktionen.

Geschlechtervielfalt – Politik – Sprache

Über die neue Sprachregelung des *grün.* und weshalb Irritationen gut sind.

Aline Trede (alt-Nationalrätin GB) und Leena Schmitter bei der Einreichung der Initiative «Ehe für alle» am 1.9.2015 in Bern.

Aufmerksame Leser_innen mögen es bemerkt haben: Das *grün.* hat eine neue Sprachregelung: Die Redaktion hat sich entschieden, in Zukunft anstelle des Binnen-I den Gender-Gap zu verwenden (z. B. Politiker _in). Im Gegensatz zum binären Binnen-I oder Querstrich (Politiker/-in) steht der Unterstrich für vielseitige Gestaltungsspielräume von Geschlechtervielfalt und hat daher auch eine politische Komponente. Da das GB in den letzten Jahren Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung vermehrt zum Thema gemacht hat, ist diese sprachliche Anpassung die logische Konsequenz unserer Politik: In der letzten Legislatur forderten wir einerseits, dass die Stadt Bern eine Bedarfsabklärung bei LGBTIQ-Organisationen macht, um zu eruieren, was es braucht, um die Lebenssituation von LGBTIQ-Menschen in der Stadt Bern zu verbessern. Anderseits verlangten wir, dass sich Bern dem «Rainbow Cities Network» anschliesst, ein Zusammenschluss europäischer Städte mit dem Ziel, auf lokaler Ebene die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität zu bekämpfen. Der erste Vorstoss wurde soeben vom Stadtrat deutlich angenommen. Der zweite ist noch hängig, wird aber vom Gemeinderat zur Annahme empfohlen; ein grosser Erfolg für die GB-Po-litik!

Unser Ziel ist es auch, dass die Arbeit der Fachstelle für die Gleichstellung von Männern und Frauen der Stadt Bern auf die Themen Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung ausgeweitet wird. Wir sind optimistisch und sehr froh, hat sich der Gemeinderat auch dafür ausgesprochen.

Letztendlich sind es auch sprachliche Irritationen, die eine politische Sprengkraft haben und uns immer wieder daran erinnern, dass wir in einer Welt leben, in der die binäre Geschlechterordnung und die heterosexuelle Norm hinterfragt werden sollten.

Leena Schmitter, GB-Stadträtin, Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!

Vorstösse/Erfolge

Kein Demoverbot mehr auf dem Bundesplatz!

● An der Frauen-Demo vom 10. März 1993 zur Wahl von Ruth Dreifuss, respektive der Nichtwahl Christiane Brunners, kommentierte die damalige CVP-Fraktionssprecherin: «Vor dem Bundeshaus steht nicht die Strasse, vor dem Bundeshaus steht der Souverän.» Diese Kundgebung hätte eigentlich unter das Demoverbot während eidgenössischer Sessionen fallen müssen, das seit 1925 existiert. Heute werden etwa Beachvolleyball oder Rappen-Sammelaktionen erlaubt – politische Demos hingegen nicht. Deshalb hat die GB/JA!-Fraktion in einem Vorstoss verlangt, das Kundgebungsreglement zu ändern und Demos auch während den Sessionen zu erlauben. Unser Vorstoss wurde nun deutlich angenommen: ein grosser Erfolg für uns – ein Triumph für die Grundrechte! Die Verwaltungsdelegation der Bundesversammlung ist von unserer Motion offenbar nicht begeistert. Der Gemeinderat hat nun zwei Jahre Zeit, das Reglement zu ändern und den Willen des städtischen Parlamentes umzusetzen.

Kein Berner Geld für die Kriege dieser Welt

Die Vollversammlung der GSoA hat am 9. April die Lancierung verschiedener Volksinitiativen beschlossen, die sich um die Finanzierung von Kriegsmaterial drehen. Thomas Leibundgut (Sekretär GSoA), wo soll der Hebel angesetzt werden?

Thomas Leibundgut, Sekretär der GSoA

● Die Schweizerische Nationalbank investiert über 600 Millionen Franken in die Produktion von Atomwaffen. Die beiden Schweizer Grossbanken UBS und CS investierten 2015 zusammen 6,5 Milliarden Franken in die Atomwaffenindustrie. Die Schweizer Pensionskassen investieren insgesamt rund 8 Milliarden Franken in die Rüstungsindustrie. Um der Verstrickung des Schweizer Finanzplatzes mit den internationalen Rüstungskonzernen Einhalt zu gebieten, hat die VV der GSoA beschlossen, 2017 eine eidgenössische Volksinitiative für ein Finanzierungsverbot von Kriegsmaterial zu lancieren. Damit greifen wir die Rüstungsindustrie grundlegend an: Wir nutzen die Grösse des Schweizer Finanzplatzes, um mit seiner Marktmacht der Rüstungsindustrie einen empfindlichen Schlag zu versetzen.

Warum lanciert die GSoA unter anderem zusammen mit dem Grünen Bündnis eine Initiative in der Stadt Bern? (Das GB ist Mitglied des Initiativkomitees. Zudem reichte die GB-Grossrätin Natalie Imboden auf kantonaler Ebene verschiedene Vorstösse dazu ein.)

● Dass auch Pensionskassen in Rüstungsunternehmen investieren, ist ein Skandal. Bei diesen Investitionen handelt es sich um das Vermögen der Versicherten, die nicht selbst bestimmen können, ob sie mit ihrem Geld die Produktion von Kriegsmaterial finanzieren wollen. Aus diesem Grund hat die VV entschieden, bereits diesen Sommer kommunale Initiativen in Bern und anderen Städten zu lancieren, um dieses Treiben zu beenden. Insbesondere öffentlich-rechtliche Pensionskassen wie die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern (PVK) sollten nicht mit dem Geld ihrer Versicherten Kriege finanzieren, sondern vielmehr in den Frieden, eine soziale Gesellschaft und eine grüne Wirtschaft investieren. Die Rüstungsindustrie ist ein Paradebeispiel für einen nicht-nachhaltigen Wirtschaftsbereich. Unsere Stadt soll diese Industrie nicht noch mit dem Pensionskassenvermögen der städtischen Angestellten unterstützen.

Gemäss Personalvorsorgereglement der Stadt Bern richtet sie aber ihr Handeln nach sozialen, ökologischen und ethischen Kriterien der Nachhaltigkeit aus. Wie ist es demnach möglich, dass sie trotzdem in die Rüstungsindustrie investiert?

● Heute investiert die PVK zu einem beträchtlichen Teil in globale Indexfonds. Das sind Anlageprodukte, die sich aus mehreren Aktientiteln zusammensetzen, in denen auch Rüstungskonzerne enthalten sind. Es gibt aber auch speziell auf nachhaltige Investitionen ausgerichtete Anlageprodukte, mit denen es möglich wäre, das Geld des Berner Stadtpersonals sozial, ökologisch und ethisch korrekt zu investieren. Diese nachhaltigen Fonds erzielen teilweise sogar bessere Renditen als konventionelle Anlageprodukte. Andere Vorbilder für nachhaltigere Anlagen sind der Norwegische Pensionsfonds, der seine Anlagestrategie durch eine Ethikkommission überprüfen lässt, oder der neu gegründete Schweizer Verein für verantwortungsbewusste Kapitalanlagen (SVVK – ASIR), dem bedeutende institutionelle Investoren angehören. Mit unserer Initiative wollen wir mithelfen, das Personalvorsorgereglement präziser zu formulieren und die Absicht dahinter zu verwirklichen. Das Ziel ist klar: keine städtischen PK-Gelder für die Kriege dieser Welt.

Interview: Stéphanie Penher, GB-Stadträtin und GB-Präsidentin

AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F. 6411, 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Veranstaltungen

● 12. Mai, 20 Uhr, Le Cap, Französische Kirche, Predigergasse 3, Bern
Wir alle sind Bern: Urban Citizenship und Vernetzung
Die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers organisiert eine Veranstaltung zu Urban Citizenship. Nach einigen Kurzfilmen stellen Katharina Morawek und Rohit Jain das Konzept der Urban Citizenship vor und berichten von Projekten in Zürich. Anschliessend gibt es eine Diskussion.
Mehr unter: www.sanspapiersbern.ch

● 4. Juni, ab 8 Uhr, verschiedene Standorte in der Stadt Bern
Berner Umwelttag 2016
Der diesjährige Berner Umwelttag findet an elf verschiedenen Standorten in der ganzen Stadt Bern statt und bietet ein vielfältiges Programm für Jung und Alt. Mehr unter: www.bern.ch/themen/umwelt-natur-und-energie/nachhaltigkeit/umwelttag

● 19. Juni, ganzer Tag, rund um das AKW Beznau
Menschenstrom gegen Atom 2016
Am diesem Sonntag findet in der Region um das Atomkraftwerk Beznau zum vierten Mal die nationale Kundgebung «Menschenstrom gegen Atom» statt. Die Kundgebung beinhaltet Wanderungen auf verschiedenen Routen zu einem zentralen Kundgebungsort, wo mit Speis, Trank, Musik und Reden den Forderungen zum Atomausstieg Nachdruck verliehen wird. Das genaue Programm folgt auf: www.menschenstrom.ch

Arbeitsgruppen

Sekretariat
Grünes Bündnis Bern
Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
Grünes Bündnis Bern auf Facebook:
www.facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

● **Frauenpolitik**
Kontakt: regula_buehlmann@bluewin.ch
● **Ökologie**
Kontakt: fragroba@gmx.ch
● **Internationales und Migration**
Kontakt: asancar@bluewin.ch
● **Wirtschaft**
Kontakt: thomas.bauer@hotmail.ch
● **Bildungs- und Kulturpolitik**
Kontakt: regula.nyffeler@bluewin.ch
● **AG macht**
Kontakt: ursina.anderegg@gmx.net

● **Leitender Ausschuss**
Kontakt: info@gbbern.ch

Interna
● Die nächste Mitgliederversammlung findet am 15. Juni 2016 statt. Save the date!

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Lisia Bürgi, Marius Christen, Samuel Kaiser, Christine Michel, Stéphanie Penher, Julia Richter, Leena Schmitter
Fotos:
Peter Eichenberger, Monika Flückiger, Anna Pfotenhauer
Gestaltung:
transform.ch
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss grün. Nr.24:
1. August 2016

SCHLUSS

Rahel Ruch, GB-Mitglied, AG macht

Das Reitschul-Drehbuch

Die Redaktionen unserer Lokalzeitungen besitzen wahrscheinlich Drehbücher zum Thema Reitschule. Ganz sicher existiert eines mit dem Titel «Vorfall irgendwo bei der Schützenmatte mit Polizei-Scharmützeln» mit der Regieanweisung «Distanzierung der IKUR fordern». An der Berichterstattung erstaunen jedenfalls zwei Dinge:
1) Die Reitschule kann nichts richtig machen: Es wird ihr vorgeworfen, sich nicht zu Wort zu melden und sich nicht zu distanzieren. Tut sie das anschliessend – und zwar in klaren Worten – ist die Journaille immer noch nicht zufrieden. Da stellt sich die Frage: Was denn noch?
2) Das unkritische Mantra «Die Reitschule muss mit der Polizei zusammenarbeiten».
Dazu braucht es eine Polizei, die für die Reitschule da ist und nicht gegen sie arbeitet. Doch die Polizei macht Politik gegen die Reitschule. Auch häufen sich die Vorfälle, bei denen das Vorgehen der Polizei völlig daneben war. Einige Beispiele: bei einer Razzia würgten Polizisten Reitschüler_innen; Polizei und Staatsanwaltschaft entnahmen bei politischen Aktivist_innen DNA-Proben – trotz der mittlerweile vierten Rüge des Bundesgerichts; eine Eliteeinheit stürmte von jungen Leuten besetzte Häuser wie in einem Mafiafilm… Einer Kantonspolizei, die so vorgeht, kann die Reitschule nicht vertrauen. Deshalb braucht es bei der Polizei politische, personelle und strukturelle Veränderungen. Wie wär's mal mit einem Drehbuch «Rambopolizist_ innen,» mit einer Regieanweisung, von der auch die Politik gefordert ist: «Mehr demokratische Kontrolle der Polizei?»